

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

24.5.1863 (No. 121)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 24. Mai.

N. 121.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.
Einkaufspreise: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Telegramme.

Frankfurt, 23. Mai. Die „Europa“ theilt mit: Seit vier Tagen hat die von Kaiser Napoleon eifrig unterstützte Idee einer europäischen Konferenz an Boden gewonnen. Indessen — eingedenk des Kongresses von 1856 — befürchten einige Mächte, obgleich sie die Bürgschaften einer solchen anerkennen, daß die Konferenz, einmal versammelt, ihre Wirksamkeit über die Entscheidung der polnischen Frage hinaus ausdehnen möchte und schon selbst eine Vorkonferenz. Während sie nach einem Mittel suchen, die Vortheile einer Konferenz zu erlangen, ohne deren Verwirklichung fürchten zu müssen, wird vorläufig die gemeinschaftliche Schlussredaktion einer die präzisesten und peremptorischen Forderungen formulierenden Rückertwiederung auf die russischen Antwortnoten in London verabredet.

Ferner meldet die „Europa“ aus Wien: Am 19. d. hat in der kais. Hofburg unter dem Vorsitz des Kaisers ein Ministerrath stattgefunden, der sich für das Beharren auf dem Wege des bisherigen gemeinschaftlichen Vorgehens mit den Westmächten in der polnischen Frage entschied.

Berlin, 22. Mai. Der „Staatsanzeiger“ meldet: Das Befinden des Königs am gestrigen Tage und in der verflochtenen Nacht war durchaus befriedigend; die Nierenschmerzen sind nicht wiedergekehrt. Heute empfing der König mehrere Mitglieder der königlichen Familie und nahm die Vorträge der H. v. Bismarck und des Hausministers v. Schleinitz entgegen.

Berlin, 23. Mai. (W. L. B.) Das Abgeordnetenhaus hat gestern den Schwereinschen Abreisetwurf mit 257 gegen 41 Stimmen abgelehnt, den Kommissions-Abreisetwurf mit 239 gegen 61 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung am Mittwoch.

Lemberg, 22. Mai. (W. L. B.) Zappalowitz wurde am Bug geschlagen. Wiszniowski ist von Russen verfolgt, gegen Volhynien, Zerninski nach Tuzkapi gezogen. Laut der „Gazetta Narodowa“ befinden sich in Ostpoldolien vier Infurgenten-Corps.

Kopenhagen, 22. Mai. (W. L. B.) Der Reichsrath verwarf gegen 4 Stimmen Krieger's Vorschlag, die Gesamtverfassung Dänemark-Schleswigs betreffend, nachdem die Minister ihn als unzeitgemäß bezeichnet hatten.

New-York, 9. Mai. (W. L. B.) Die ganze Armee Hooker's hat sich am 5. Nachts über den Appahannock nach Falmouth zurückgezogen, die Getödeten unberührt, die Verwundeten unverpflegt auf dem Schlachtfeld zurücklassend. Lee schreibt sich großen Sieg zu. Nach offizieller Anzeige aus Washington werde Hooker die Offensive unmittelbar wieder aufnehmen.

1. Der Arbeitertag zu Frankfurt a. M.

Der Arbeitertag, welcher am 17. d. M. in Frankfurt abgehalten wurde, hat weber die ziemlich hoch gespannten Erwartungen, welche man einerseits, noch die Befürchtungen, die man andererseits daran knüpfte, gerechtfertigt. Weit entfernt, dem Programm zuzustimmen, welches Dr. Lafalle mit wenig bedeutenswerther Ausdauer in vierstündigem Vortrage zu entwickeln suchte, ließ die Versammlung den Redner nicht

K. Ein amerikanisches Handelshaus.

(Fortsetzung aus Nr. 120.)

Ich erzählte ihm, wie ich mich nach meiner Erziehung als einflüchtigen Erben meines Onkels, des Hrn. Jakob Hill, von Godington, eines sehr vermöglichen Mannes hätte betrachten dürfen; wie ein unglückliches Mißgeschick, dessen Schuld ich mir nicht beimessen zu müssen glaubte, zwischen dem reichen Oheim und dem armen Neffen eingetreten sei; und wie ich, eher als mich einer — nach meiner Ansicht — offenen Ungerechtigkeit zu fügen, meine Studienbahn in Cambridge verlassen, alle Hoffnung auf die Erbschaft meines Onkels aufgegeben und mir selbst fortzuhelfen unternommen hatte; — erzählte ihm weiter, wie ich, zu keinem bestimmten Beruf erzogen, mich in jedem Versuch, die Welt zu erhalten, getäuscht gefunden habe; wie ich, auf den Rath eines alten Universitätsfreunds (der mir mit seinem Rath ein Selbstverlehen aufdrängte) mich nach der neuen Welt aufgemacht habe; wie ich mir aber bis daher noch keine Aussicht eröffnen hätte. Eben heute war ich mit fehlgeschlagener Erwartung von den Eusebians-Kanalarbeiten zurückgekommen, wo ich eine Anstellung als Unterfeldmesser gesucht, wegen mangelnder praktischer Kenntnisse aber eine abschlägige Antwort erhalten hatte. „Ihre Mathematik“, hatte der Oberfeldmesser gesagt, „ist alle verbeizelt sein; was ich aber brauche, ist ein Kunde, der mit Wasserwaage und Theodolit geschickt umgehen kann, und nach Ihrem eigenen Sagen haben Sie noch nicht einen Tag mit den Instrumenten gearbeitet. Thut mir Leid, aber ich kann Sie nicht brauchen.“

Meine einzige Hoffnung war jetzt, wie ich dem Amerikaner sagte, als Lehrer der Mathematik an irgend einer Schule oder Anstalt eine Stelle zu erhalten.

Mein sympathischer Freund schüttelte den Kopf.

einmal zum Schluß kommen, sondern nöthigte ihn durch fortgesetzten Lärm, gerade bei dem Punkte seiner Rede aufzuhören, welcher nach menschlichem Ermessen für seine Zuhörer der interessanteste sein mußte, nämlich da, wo er Mittel und Wege erörterte, der Noth des Arbeiterstandes abzuhelfen.

Wenn Dr. Lafalle etwas weniger Selbstgefühl besäße, als er zu staunender Verwunderung seiner Zuhörer in der Versammlung am 17. kundgab, so würde er ohne Zweifel einsehen, daß sein Mißerfolg unter den Arbeitern des Main-gaus bis zu einem gewissen Grade durch sein persönliches Auftreten verschuldet ward. Zum Theil dürfen wir ihm daraus freilich keinen Vorwurf machen. Wenn er durch seine theatrale Haltung, das studirte Pathos seiner Rede, das Brüllen mit einer Fülle von gelehrten, geistreichen und pikanten Anspielungen, bewies, wie wenig er die Natur der deutschen Arbeiter, mit welchen er seiner eigenen Versicherung zufolge „zehn Jahre lang gelebt“, verstanden hat, so müssen wir diese Thatfache, möge sie ihren Grund nun in dem Wesen des Hrn. Lafalle oder in seiner französischen Bildung, oder in Beidem haben, nehmen, wie sie sich gibt. Es ist nicht Jedermanns Sache, das Volk zu verstehen, und noch weniger, diesem Verständnis auch den rechten Ausdruck zu geben. Aber Hr. Lafalle hat andere Verstoffe begangen, welche er bei etwas mehr Takt und Selbstbeherrschung recht gut hätte vermeiden können. Er durfte, um mit dem Handgreiflichsten anzufangen, nicht vier Stunden sprechen, wenn er einen Erfolg erzielen wollte. Selbst die Nerven seiner entschiedensten Anhänger erschlafften unter diesem Uebermaß von Anstrengung; die Ungebildeten seiner Gegner steigerte sich dadurch allmählig bis zur Wuth. Unter diesen Umständen waren die beispiellose Annahme des Redners und die rüchichtslosen Schmähungen, in denen er sich gegen anwesende Notabilitäten erging, gewiß nicht geeignet, das Publikum in eine freundliche Stimmung zu versetzen.

Grob sein wäre dieser Zuhörerhaft gegenüber an sich vielleicht kein Fehler gewesen; er hätte es nur eben recht sein müssen. Das war er aber nicht. Seine Grobheit war ebensovienig naturwüchsig, ganz so reflektirt, wie sein ganzes übriges Auftreten. Wenn er sie damit rechtfertigt, daß „jeder Vertreter einer großen Sache grob sein müsse“, so gibt es ohne Zweifel Kreise, die diese Aeußerung außerordentlich pikant finden werden; nur sind sie weit eher in den blästraten Salons von Paris und Berlin zu finden, als in den Werkstätten von Hanau und Offenbach. Der deutsche Arbeiter befreit wohl, daß man grob sein könne; daß man aber auch grob sein müsse, das will seinem einfachen Sinn um so weniger einleuchten, in je frischer Erinnerung ihm die höchst ungerechtfertigte Grobheit so mancher Polizeibehörde ist.

Begreiflicher Weise sind dies jedoch nur Nebensachen. All die vielen Fehler, welche das öffentliche Auftreten des Hrn. Lafalle kennzeichnen, würden den Sieg seiner Ideen in Frankfurt so wenig als anderswo auf die Dauer verhindern können, wenn die Vorbedingungen dieses Sieges, nämlich diejenige sittliche und geistige Unreife des Arbeiterstandes, wie sie etwa im Jahr 1848 bestand, heute noch vorhanden wäre. Allein der Erfolg hat gelehrt, daß dem nicht so ist; und wir sind dem Dr. Lafalle zu großem Dank dafür verpflichtet, daß er uns den Nachweis dafür geliefert hat. Wenn nicht klare Einsicht, so doch ein dunkles Gefühl jagt dem Arbeiter von

heute, daß Heil und Segen für den Staat wie für den Einzelnen zuletzt doch nur im einträchtigen Zusammenleben und Zusammenwirken aller Stände zu finden sei, daß also, wer ihn gegen die Besitzenden hegt, sein Freund nicht sei, sondern sein Feind. Und nicht minder beginnt ihm das Verständnis dafür aufzugehen, daß es nicht Aufgabe der Gesammtheit sein könne, den Einzelnen auf ihre Kosten zu ernähren, sondern nur ihm die Möglichkeit zu verschaffen, sich aus eigener Kraft eine freie und selbständige Existenz zu gründen.

Dürfen wir uns demzufolge der Sache nach mit dem Ergebnisse des Arbeitertages befriedigt erklären, so kann dem äußeren Verlauf desselben nicht das gleiche Lob gespendet werden. Die Haltung der Arbeiter war von Anfang an so unparlamentarisch, um einen sehr gelinden Ausdruck zu gebrauchen, daß man sich unmöglich der Einsicht verschließen konnte, wie für sie noch keineswegs die Zeit gekommen sei, ihre eigenen Angelegenheiten, nach dem Beispiel anderer Stände und Berufsarten, in großen öffentlichen Versammlungen zu verhandeln. Hier haben die Arbeiterbildungs-Vereine noch ein reiches Feld für ihre Thätigkeit. Verstehen sie ihre Aufgabe aber recht, so bezweifeln wir nicht, daß in nicht allzu ferner Zeit der Gedanke eines deutschen Arbeitertages mit besserem Erfolge verwirklicht werden können, als dies nach den jüngsten Erfahrungen heute möglich wäre.

Deutschland.

Koburg, 21. Mai. (Südd. Ztg.) Auf den gestrigen Abend hatte eine Anzahl hiesiger Männer aus allen Kreisen der Bevölkerung eine öffentliche Versammlung zur Besprechung der schleswig-holsteinischen Frage ausgeschrieben. Es war dies, wie der Vorsitzende Rechtsanwalt Justizrath Forkel in einer kurzen Einleitungsrede betonte, seit länger als zehn Jahren in unserer Stadt wieder die erste allgemeine Bürgerversammlung zu einem politischen Zweck. Der Saal des Schießhauses war dicht gefüllt. Geh. Staatsrath Francke, der geborne Schleswiger, entwickelte in erster, ergreifender Rede den geschichtlichen Verlauf des vierhundertjährigen Kampfes Schleswig-Holsteins gegen Dänemark, und kam zu dem Resultat, daß dem neuesten dänischen Rechtsbruch gegenüber, wie die Dinge heute in Deutschland liegen, weder eine Bundesexekution in Holstein noch ein förmlicher Krieg mit Dänemark am Platze sei, daß vielmehr im jetzigen Augenblick nichts weiter übrig bleibe als eine feierliche Rechtsverwahrung der deutschen Nation, um die Entscheidung der Frage im deutschen Sinne für günstigere Zeiten offen zu halten. Dänische Staatsmänner hätten selbst anerkannt, daß ein solcher Protest Deutschlands, der die schleswig-holsteinische Frage nicht zur Ruhe kommen lasse, die größten Gefahren für Dänemark in sich berge. An der Debatte beteiligten sich ferner die H. H. Redakteure Genée, Kabinettsrath Tempel, Dr. v. Ecker, Dr. jur. Kürtz, sämtlich von hier, und Götte aus Hamburg, welcher zufällig anwesend war. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Annahme folgender Resolutionen:

Die Versammlung spricht in der schleswig-holsteinischen Frage ihre Ueberzeugung dahin aus: 1) Die von Dänemark vielfach gebrochene Vereinbarung von 1851/52 ist für Deutschland nicht länger bindend. 2) Das von dem deutschen Bunde nie anerkannte Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 über die Erbfolge ist als nicht vorhanden zu betrachten. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein stehen zu Dänemark

Er behändigte mir eine große biegsame Karte, von Glanzarton und mit gepreßtem Rand, auf der in mattgoldenen Buchstaben die Worte stimmerten „Petter, Lach, und Jarman, Vierte-Strasse, Newyork, G. H.“ „G. H.“ sagte ich, etwas im Unklaren, „was bedeutet Das?“ „General-Händler“, sagte der Amerikaner feierlich; „und ich bin Hannibal C. Petter, Ihnen zu dienen. Schenken Sie sich ein, und erlauben Sie mir, nach einer frischen Flasche zu klingeln. Da, du Schneeball, Cicero, sink noch mehr Madeira, und bring' ein paar Brocken Eis, hörst Du. Wir spekuliren in allem Möglichen, von Wallroszähnen bis zu Nyoner Sammet; und eben jetzt geht eine Operation los im Westen, bei der Sie Ihre Flügel probiren könnten.“

Lange ehe der Wein in der zweiten Flasche zur Reize ging, war ich gehörig als „Trommler“ für die Firma der H. H. Petter u. Komp. engagirt, mit dem Vorbehalt, daß meine Zeugnisse von meinen Prinzipalen befriedigend befunden würden. Der Universitätsfreund, dessen gutem Herzen ich die Mittel zum Anfangen in der Neuen Welt verdanke, hatte mir einen oder zwei Empfehlungsbriefe an achtbare Einwohner von Newyork verschafft. Diese Herren waren zur Zeit außer Stand gewesen, mir in der Auffindung einer Stelle behilflich zu sein, wegen der Uebermenge von unterkünstelnden Bewerbern aus Europa in der Stadt; hatten mich aber ganz artig empfangen und würden, war ich überzeugt, dafür bürgen, daß ich wirklich war, was ich zu sein behauptete. (Fortsetzung folgt.)

Die berühmte Sängerin, Frau Pauline Viardot-Garcia in Paris, gedenkt die Bühne für immer zu verlassen, um sich ganz in's Privatleben zurückzuziehen. Ihr letztes Auftreten soll im Théâtre Lyrique zu Paris, in einer Vorstellung zum Besten der Polen, stattfinden. Sie wird also ihre dramatische Laufbahn mit einer politischen Demonstration beschließen. Man weiß, daß die leidenschaftliche Frau denselben stets hold gewesen ist.

„Aemliche Arbeit, Das, Herr. Schulmeister zählen nicht für viel in unserer glorreichen Republik. Die zwei großen Mächte Amerika's, Herr, sind Jus und Kommerz: sie führen in den Kongreß und den Senat; zu hohen Diplomatenposten, zum Weißen Haus“, und was sonst nicht.... „'s Jus ist mein Geschäft nicht, mit dem Kommerz aber — hm! Hätten Sie Lust, Trommler zu werden?“

„Trommler?“ wiederholte ich, sehr erstaunt, um so mehr als mein Bekannter gar nichts Militärisches an sich hatte; „was meinen Sie?“ Der Amerikaner zog die Augenbrauen in die Höhe und vergaß seine gewohnte Höflichkeit so weit, daß er etwas von „britischer Unwissenheit“ murmelte, und belehrte mich dann, daß die Obliegenheiten eines Trommlers darin bestünden, Reisen zu machen, Bestellungen sich zu erbitten, Einkäufe zu machen, Verkäufe zu effektuiren, einen Handel zu schließen, Schulden einzutreiben und sonst die Interessen seiner Brodherren zu fördern.

„Was Sie da“, sagte ich, „einen Trommler nennen, ist so ziemlich was man bei mir zu Lande einen Handlungsreisenden heißt.“

„Der selbstnämliche Funktionär“, sagte der Yankee; „nur ist, da wir im Land der Freiheit und des Lichts sind, die gesellschaftliche Stellung eines Trommlers bei uns eine weit vorzüglichere, als er auf Ihrer altmodischen Insel einnehmen würde. Die Sache ist nun — wir brauchen einen Trommler, und finden Sie das Salär und die Arbeit nach Ihrem Geschmack, und kommen wir in's Reine, so können Sie Ihre zwölfwundert Dollars jährlichen Gehalt beziehen, mit Ein Prozent vom Nettoprofit und Reiseflohen-Vergütung, so liberal, als Onkel Samuel“) den Kongreßleuten gibt. Hier, Herr, unsere Adresse.“

*) Bekanntlich Amtswohnung des Präsidenten der Vereinigten Staaten in Washington.

**) „Uncle Sam“, spasshaft für „United States“ oder Vereinigte Staaten.

nur im Verhältnis einer Personalunion. 3) Die Herzogthümer Schleswig-Holstein haben ein Recht auf Wiedervereinigung auf Grund ihres unter der Autorität des deutschen Bundes erlassenen Staatsgrundgesetzes vom 15. Sept. 1848. 4) Als Grundlage zu Verhandlungen mit Dänemark und weitem Maßregeln gegen dasselbe gilt der Bundesbeschluss vom 17. Sept. 1846 und der Art. 3 des Friedens vom 2. Juli 1850. 5) Die energische Wahrung der Rechte, welche Deutschland und den unglücklichen Stammverwandten Herzogthümern zustehen, ist eine sittliche und politische Pflicht der deutschen Nation.

Aus Holstein, 20. Mai. (Fr. P. 3.) Im Gegensatz zu dem am 30. April von der holsteinischen Regierung erlassenen Verbote politischer Versammlungen — so weit sie nicht unter den Begriff öffentlicher Volksversammlungen oder Volksfeste fallen — liegen jetzt schon die Entscheidungen zweier holsteinischer Gerichtshöfe vor, welche die zu Altona und Kiel am 13. und 21. April abgehaltenen Versammlungen und die von denselben beschlossenen Resolutionen für nicht gesetzwidrig erklären. In Folge der am 13. April zu Altona abgehaltenen Versammlung waren neulich fünf oder sechs Theilnehmer derselben polizeilich vernommen worden, und man scheint die Absicht gehabt zu haben, der Sache weitere Folge zu geben. Das holsteinische Obergericht zu Glückstadt hat jedoch auf gegebene Veranlassung erklärt, daß eine Veranlassung zu fernem Verfahren nicht vorliege. Eine ähnliche Erklärung hat das Kieler Magistratsgericht in Bezug auf die am 21. April zu Kiel gehaltene Versammlung abgegeben.

Berlin, 21. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ enthält folgende offiziöse Mittheilung:

Dwobald durch die allerhöchste Botschaft an das Abgeordnetenhaus vom 20. d. M. die vielfachen Gerüchte über eine in den höchsten Regierungskreisen in Folge des jüngsten Konflikts mit dem Abgeordnetenhaus angelegentlich bestehende Krisis bereits thatsächlich widerlegt sind, sehen wir uns doch mit Rücksicht auf die verschiedenen Angaben in heutigen Blättern zu der zuverlässigen Mittheilung veranlaßt, daß alle Behauptungen über die vermeintlichen Differenzen, sowie die damit zusammenhängenden Gerüchte über versuchte Einwirkungen von außen völlig grundlos sind.

Das nicht offiziöse Blatt, die „Kreuzzeitung“, geht runder mit der Sprache heraus, sie sagt am Schluß des Leitartikels: Wie lange soll eine Agitation noch wachsen, die solche Auswüchse zeitigt? — Unserer Ueberzeugung nach kann die Regierung, wenn Er. Maj. dem Könige von der Kammer wirklich angeordnet wird, die Adresse anzunehmen, keine andere Antwort ertheilen, als die Kammer sofort und ohne Weiteres schließen. Wie die Dinge heute liegen, ist das längere Verhandeln mit ihr nicht bloß resultatlos — es ist verwerflich.

Berlin, 21. Mai. Ueber die heutigen Verhandlungen der Adresskommission, die eine Stunde nach der Plenarsitzung unter dem Vorstehe des Präsidenten Grabow zusammentrat, entnehmen wir der „Kammerkorrespondenz“ noch folgende Angaben:

Der Präsident hatte das Staatsministerium von der Sitzung benachrichtigt; es war aber nicht einmal eine Antwort erfolgt. Bei der Diskussion ergab sich sofort, daß die Minorität, welche bisher seine Adresse wollte, nunmehr nach dem Eingehen der königl. Botschaft ihren Widerspruch gegen eine Adresse überhaupt fallen ließ. Die betreffenden Mitglieder wünschten indeß, die zu erlassende Adresse solle sich möglichst auf die innere Lage des Landes beschränken und an den neuesten Konflikt, speziell an die königl. Botschaft anknüpfen. Das die betreffenden Abschnitte des Adressentwurfes jetzt, nach der königl. Botschaft, geändert werden müssen, darüber bestand natürlicher Einmüthigkeit; übrigens scheint die Majorität den bisherigen Entwurf als Grundlage festhalten zu wollen, und nur geneigt, denselben noch zu vereinfachen und zu kürzen. Nach einer fast dreistündigen Diskussion wurde die Einsetzung einer Subkommission von 5 Mitgliedern beschlossen, welche das unbeschränkte Mandat erhielt, die der veränderten Sachlage entsprechenden Vorschläge zu machen und den veränderten Entwurf vorzulegen. Diese Subkommission besteht aus den Abgg. v. Urrath als Referent, Birchow und Gneist als Antragsteller; gewählt wurden die Abgg. Schulze (Delitzsch) und Richter. Das Resultat ihrer Vorberatung wird die Subkommission heute Abend um 7 Uhr der Adresskommission vorlegen.

Als die natürliche Folge der königl. Botschaft gilt in Abgeordnetenkreisen ein baldiger Schluß oder Abschluß der Session; der letzte Satz namentlich kann kaum anders gedeutet werden, als daß das Abgeordnetenhaus sich einfach den Ansprüchen des Staatsministeriums fügen soll und daß, wenn dies nicht geschieht — und sicher wird es nicht geschehen —, das Ende der Session eintreten wird. Auch die heutigen offiziellen Abendblätter führen aus, daß, wenn das Abgeordnetenhaus sich weigere, in die vollständige Preisgebung seiner Würde selbst einzuwilligen, dasselbe sofort und ohne Weiteres geschlossen werden müsse.

Die „Berl. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Adresskommission beendigte ihre Arbeiten heute Abend um 1/11 Uhr. Ein von Graf Schwerin eingebrachter Adressentwurf wurde mit allen gegen 4 Stimmen (Graf Schwerin, Rohden, Senff, v. Diederichs) abgelehnt, der modifizierte Birchow'sche Entwurf mit 18 gegen 2 Stimmen angenommen.

Berlin, 22. Mai. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses steht die Adressdebatte.

Der Abg. v. Urrath erstattet mündlichen Bericht. Er wirft einen Rückblick auf das Verhältnis zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus, und fährt dann fort: Wie wenig das Haus geneigt ist, einen formellen Bruch herbeizuführen, das zeigten die Beschlüsse vom 15., denn diese ließen das Eintreten des Ministeriums in's Haus hoffen. Hätte das Ministerium nur gewollt, es konnte wiederkommen ohne seiner Ehre zu nahe zu treten. Das Ministerium wollte aber den Konflikt nicht beseitigen, es setzt seine Weigerung, hier zu erscheinen, fort, es fordert eine Erklärung, das ich fast Abbitte nenne. Jetzt war es geboten, sich an den König zu wenden, nachdem das Haus bereits mit dem Aussetzen der Beratung über die Militärnovelle seine vorläufige Entscheidung getroffen hatte. Die Minister haben wegen einer Kritik die allerhöchste Person des Königs in einen Stützenstreit hineingezogen. Die allerhöchste Botschaft ist vom gesammten Staatsministerium gegengezeichnet, welches auch nach der Verfassung die ganze Verantwortung trägt. Königl. Verordnungen können Gesetzeskraft erlangen, aber müssen doch nachher der Genehmigung der Landesvertretung vor-

gelegt werden, welche sich dann einer Kritik der Verordnung nicht entziehen kann. So muß man es auch bei aller Ehrfurcht gegen den König mit der Botschaft thun dürfen. Ich wiederhole, daß es sich hier nur um den Kampf des absoluten mit dem Verfassungsstaat handelt. Die Botschaft befähigt es, und unerhört ist es, wenn das Haus ermahnt wird. Das ist der Standpunkt des Patriarchen zu dem beschränkten Unterthanenverstand. Es drängt sich da die Frage auf, ob sich das Ministerium damit nicht über das Haus stellen will, wozu es sicher nicht berechtigt ist, ja es kann sich als solches nicht einmal in eine Parallele mit dem Hause, einem Faktor der Gesetzgebung, stellen.

Der heute vorliegende Entwurf ist in der Kommission mit 18 gegen 2 Stimmen angenommen, und unter den Zweien ist Einer nur mit der Form nicht einverstanden. Die Krisis ist da, die Adresse an den König ist ein Recht, eine Pflicht, die jetzt zu erfüllen ist. Ich beklage das Eintreten der Krisis nicht, ich ziehe sie dem Siechtum, dem chronischen Leiden eines Staatsinstitutes vor. Die akute Krisis allein führt die Heilung herbei. Nur ein Punkt gab über den Erlass der Adresse die Meinungsverschiedenheit Anlaß: ob nämlich die Adresse sich nur auf das Benehmen der Minister in den letzten 8 Tagen beschränken oder ob sie auch die Lage des Landes besprechen solle. Aber es sind nicht einzelne Ereignisse, einzelne Punkte, sondern ein von der Regierung dem Hause gegenüber befolgtes System der Nichtachtung, welches die Trennung zwischen Haus und Ministerium herbeigeführt hat. Wenn ferner die einzig mögliche Form für die Zukunft der konstitutionelle Staat ist, so mußte die Adresse die Lage nach allen Seiten hin darstellen. Wird die Nichtachtung weiter getrieben, so verliert das Volk das Vertrauen zur monarchischen Form, es drängt zum Imperialisismus. Was unter einzelnen Menschen gilt, gilt noch mehr unter Staaten, b. h. unter Regierungen. Unser Volk ist wohl tüchtig und zuverlässig, es hat aber noch nicht die Macht in Händen, einen bestimmenden Einfluß auf die Regierung auszuüben. Wenn aber der Staat so schwankt, heute dies System, morgen ein anderes, ohne klare, feste und ruhige Politik, dann wird er kein gesuchter Allirter sein.

Dem Verbesserungsantrag des Grafen Schwerin kam man in vielen Punkten zustimmen; er kommt in seinem Beitritt der Adresse sehr nahe, und dennoch ist er von der Kommission nicht angenommen worden, weil er es nicht für angemessen erachtet, die Minister anzuklagen. Was geschieht wird, können wir wohl vermuthen, aber wir können es nicht vorausberechnen. Sollte aber nicht die Auflösung folgen, sondern der Schluß ohne Budgetabschluß so wäre dies eine neue *et la tante* Verfassungsoverlegung. Seit der Erfindung der Blinde hat das Ministerium noch eine Menge anderer Blinden gefunden und bald wird die Verfassung eine einzige große Blinde sein. Mag man sich nicht durch kleinliche Bedenken abhalten lassen, für den Kommissionentwurf zu stimmen. Eine Adresse ist immer ein Kompromiß, auf einen mehr oder weniger starken Ausdruck kommt es nicht an. Der Kriegsminister hat gesagt: er habe die Verfassung beschworen und werde sie halten. Nun wir werden die Verfassung, die wir beschworen haben, jedenfalls halten. (Bravo!)

Der Verbesserungsantrag des Grafen Schwerin wird sehr zahlreich unterstützt und kommt zur Diskussion. Zum Worte haben sich gemeldet 13 gegen, 11 für den Kommissionentwurf. Mit der Generaldiskussion wird die Frage, ob überhaupt eine Adresse erlassen werden solle, verbunden.

Das Wort erhält Hr. Reichenperger (Geldern) (gegen den Entwurf). Eine andere Adresse als eine Antwort auf die königl. Botschaft halte ich nicht für notwendig. Eine förmliche Antwort muß gegeben werden, und wie man eine Antwort verweigern kann, wenn eine Rechtsfrage zweifelhaft geworden ist, das erscheint mir der Loyalität des Hauses eben so wenig, als der eigenen Würde entsprechend. Die Gründe aber, weshalb ich gegen beide Adressentwürfe stimmen werde, liegen nahe. Der Kommissionentwurf hat das Verdienst der Klarheit, mit welcher das Verhältnis der Regierung zur Landesvertretung präzisiert ist. So oft der Gegensatz zwischen parlamentarischem und persönlichem Regimente hervorgerufen wurde, entstand ein förmlicher Sturm der Entrüstung; jetzt ist endlich das Wort deutlich ausgesprochen. Das Konklusum der Majorität ist die Entsernung der Minister. Sicher ist unser Rechtszustand ein durchsichtiger, der Budgetzustand ein verfassungswidriger, aber man muß sich doch fragen, ob es thatsächlich möglich ist, den Art. 99 der Verfassung wörtlich auszuführen. Das leugnen wir und noch vor einem Jahre haben Sie mit dem Fordernden Amendement einen verfassungswidrigen Beschluß gefaßt. Redner kommt nun wieder auf die Staatsgewalt als eine koordinierte zurück, und weist nach, daß eine Disziplinargewalt nur von Vorgesetzten geübt werden könne. In dem Amendement des Grafen Schwerin table er, daß da auf stenographische Berichte verwiesen werde. Das vertrage sich nicht mit der Würde der Krone. Auch andere Sätze in diesem Antrage trägen nur in Bezug auf das erste, nicht aber in Bezug auf das zweite Schreiben des Staatsministeriums zu. In dem Majoritätsentwurf sei auch die auswärtige Politik berührt, so schimmere aber ständen die Sachen nicht, wie sie da geschildert sind; das zeige z. B. die Börse (die Unruhe auf der linken Seite des Hauses steigt und erschwert das Verständniß). Liege denn das Hinderniß der Verständigung ausschließlich in den Personen der Minister? Keineswegs, wie Redner, die Verfassung in der Hand, auszuführen sucht. Er kommt dann auf die Parteinteressen zu sprechen, die z. B. schuld daran sind, daß die geheimen Fonds nicht erwähnt worden sind, und auf die Tragweite der Beschlüsse der Häuser; sei der Beschluß eines einzigen Hauses schon genügend, so sei damit die Diktatur dieses Hauses proklamirt, eine klägliche, schredende Diktatur. Er bestritte nicht das Recht, Bitten an die Krone über das System und seine Träger zu richten; er glaube aber, man müsse auf die Gefahren, die daraus entstehen können, Rücksicht nehmen.

Abg. Löwe: Der Vorredner sei durchaus nicht auf den Kern der Frage eingegangen, sondern habe lauter theoretische Gegenätze entwickelt, ohne den konkreten Fall praktisch zu beleuchten. Parlamentarismus, persönliches Regiment: auf solche Fragen jetzt eingehen zu wollen, sei müßig. Der Verfassungsentwurf habe Vorredner einen verfassungswidrigen Beschluß vorgenommen; das sei ein unbegründeter Angriff, denn damals konnte der Beschluß des Herrenhauses nicht vorausgesehen werden. Der Weg des Kompromisses sei in allen Verfassungsstaaten der gewöhnliche, ja in allen großen Fragen der einzig mögliche. Ein Volk lebe länger, als ein Staat; ein Staat länger, als eine Dynastie; eine Dynastie länger als eine Verfassung, eine Verfassung länger als ein Ministerium und da habe man den Gradmesser für die Frage, wer nachzugeben habe. Uebrigens sei die Existenzfrage für uns bereits eingetreten. Komme der große Krieg, der große Zusammenbruch, dann solle man nicht verzweifeln. Die Nation werde bestehen, aber die territoriale Eintheilung werde nach dem Zusammenbruch nicht weiter bestehen. Wir

haben als preussische Abgeordnete die Pflicht, die Krone zu warnen und zu sagen, daß es sich um eine Existenzfrage für Staat und Dynastie handle. Sagen wir dem Könige, daß die Gefahr groß ist, die über dem Volk und seinem König schwebt und daß mit jedem Tag die Mittel zur Beseitigung dieser Gefahr geringer werden. Sind unsere Zustände gesund, dann brauche man einen Krieg nicht zu fürchten; vielmehr wisse er, daß ein solcher Krieg noch in letzter Instanz von diesem Volke ausgekämpft werde zum Wohl des deutschen Landes, des deutschen Volkes, der deutschen Einheit.

Abg. v. Joltowski (Bunz) gegen den Kommissionentwurf. Redner schweift in seiner Rede vielfach von dem Gegenstand ab und erklärt, von dem Präsidenten gemahnt, schließlich, daß er und seine Freunde gegen den Kommissionentwurf stimmen werden, nicht weil er zu weit gehe, wie Herr Reichenperger meine, sondern weil er Vieles nicht enthält, was sie darin sehen möchten. Namentlich fehle darin die Erwähnung der polnischen Frage; ferner will er u. A. auch in dem Entwurfe erwähnt haben, daß ein Oberpräsident der Provinz Posen deßhalb zur Disposition gestellt sei, weil er in seinem Auftreten zu polenfreundlich gewesen. (Herr v. Bonin (Genthin), auf den allein diese Äußerung Bezug haben kann, schüttelt mit dem Kopf und lächelt.) Bei der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen werden die Polen für den ersten, aber gegen die andern stimmen.

Hr. v. Sybel (für den Kommissionentwurf). Er wendet sich gegen Hr. Reichenperger, der das Verhalten der Majorität des Hauses scharf kritisiert und dasselbe verwirrt habe, die Quelle des jetzigen Konflikts ausschließlich auf der einen Seite zu suchen. Hr. Reichenperger habe auch von einem Eingriffe in die Prärogative der Krone gesprochen. Darauf wolle er nur antworten, daß bei Annahme seiner Grundzüge ein parlamentarisches, konstitutionelles Leben überhaupt nicht mehr möglich wäre, und in England würde es am ersten Tage todt sein. Das gegenwärtige Ministerium habe vom ersten Tage seiner Existenz an nach allen Seiten hin fort und fort gehandelt, als ob ein Recht der Volksvertretung gar nicht existire, ein Recht des Volkes überhaupt gar nicht bestände. So verfähre die Regierung heute noch, und dieses Prinzip, welches dieselbe sich zur Richtschnur genommen, habe sich nach allen Seiten hin verbreitet, so daß in keinem Zweige der Verwaltung Klagen fehlten; die Verwaltung verfähre nach ihrem Belieben. Mit vollem Recht verdamme die Adresse das ganze System, welches die Regierung befolgt. Die Zeiten, wo die Grundlagen alles Thuns in Preußen das Gesetz waren, seien leider vorüber, augenblicklich wenigstens; es sehe so aus, als könne man wie jene alte Excellenz sagen: „Gesetz, Gesetz, das ist so ein altes Baurtheil; jetzt heißt es: Ordre parirt!“ Glücklicherweise lebe der Sinn für Geseßlichkeit im Volke fort, und dieser Sinn zwingt die Regierung, sich durch Staatsopfer zu verteidigen zu lassen und da diese dem Gesetze nicht mehr gewachsen zu sein scheinen, so versuche sie es mit Staatstheologen. (Heiterkeit.) Redner beleuchtet die legislative Thätigkeit des gegenwärtigen Ministeriums und geht dann auf die auswärtigen Angelegenheiten über. Ein Minister habe selbst gesagt, Preußen sei von Feinden und Gefahren rings umgeben. Wenn man aber eine solche Politik macht, daß man in wenigen Monaten aus einer erfolgreichen Lage in einen Zustand verfallt, wie ihn der Minister angegeben, so kann man eine solche Politik nur das Gegenbild von einer erfolgreichen nennen. Die Kommission hat Recht: mit diesem Ministerium ist keine Verständigung mehr möglich! Es ist schwer, ein solches Urtheil an den Stufen des Thrones niederzulegen, aber wir sehen die herannahende Gefahr und wir müssen thun, was unsere Pflicht gebietet. (Beifall.)

Graf Schwerin: Der Verbesserungsantrag trage seinen Namen, weil er das einzige Mitglied seiner Partei sei, welches der Adresskommission angehört habe. Bis gestern noch seien viele Gegner einer Adresse im Hause gewesen. Es sei recht eigentlich Aufgabe des Hauses gewesen, die Forderungen Amendements zu beraten und dem Lande zu zeigen, daß das Haus Positives leisten kann. Diese Amendements seien ein ungeheurer Fortschritt zur Verteidigung. Nicht das Abgeordnetenhaus strafen die Minister mit ihrem Verhalten, das unhaltbar ist, sondern sie schädigen Land und Krone. Prinzipiell bin ich gegen den Kommissionentwurf, der nichts als eine Beschwörung ist. Das Haus hat ohne Zweifel das Recht, eine Adresse zu erlassen; ob es aber politisch geboten, diesen Weg einzuschlagen, darüber hege ich ernste Zweifel. Wir gerathen in ein Dilemma; wir können nicht denken, daß durch eine solche Schritt das Ziel erreicht werde; wir entfernen uns vielmehr von demselben. Viel leicht bleibt ein großer Theil der Antragsteller nach unten, während sie nach oben sprechen. Da könnten sie aber dem Volke unten ein besseres Geschenk machen als eine Adresse: dies wäre, Posten zu leisten, während mit der Adresse nur Aufregung erzeugt wird. Demonstrationen und Gegendemonstrationen führen Reaktion herbei. Auch heute kann ich dem Kommissionenbericht nicht zustimmen, halte aber eine Antwort auf die königl. Botschaft für notwendig. Ueber die Frage selbst konnte im Hause kein Zweifel sein; auf das Verlangen kann nicht eingegangen werden, und das muß Er. Maj. dem König ehrerbietig gesagt werden. Wir würden der Wahrhaftigkeit nicht nachkommen, wenn wir Er. Maj. dem Könige nicht sagten, daß der Zwischenfall nicht die Ursache, sondern ein Symptom des Konflikts ist. Unsere Worte unterscheiden sich von denen der Majorität dadurch, daß wir Alles der Weisheit des Königs anheimgeben, während Sie die Entscheidung präjudizieren. Sie, Majorität, dürfen es nicht sagen, wir Minorität aber dürfen es sagen: die Ursache des Konflikts liegt nicht auf einer Seite. Die Majorität ist von dem verfassungsmäßigen Boden nicht gewichen, sie hat aber einen Gebrauch von ihrem Rechte gemacht, das nicht zum Heil des Landes ausgeschlagen ist. Mit dem Entwurf sind wir in vielen Punkten einverstanden; wir wollen die Einigkeit zwischen König und Volk. Wir wissen, daß wir gegen Angriffe, woher sie auch kommen mögen, nur stark in dieser Einigkeit sind. Wir wollen, daß diese Angriffe durch eine vorsichtige Politik vermieden werden, in so weit es die Ehre und Würde Preußens zulassen, das des Preußens, das ein Glied der europäischen Staatenfamilie, der Vorkämpfer für deutsche Recht und deutsche Ehre ist. (Beifall.)

Abg. Schulze (Berlin) wendet sich gegen die polnischen Abgeordneten. Es sei ihnen volles Recht geworden und wenn sie die Stellung als preussische Abgeordnete betätigten, könnten sie sich über die Beschlüsse des Hauses nicht beklagen, was Redner näher ausführt. Was den Vorredner betrifft, so bewege er sich genau auf der schon früher von ihm eingenommenen politischen Linie. Die Minister haben jetzt schon wieder Er. Maj. den König als Deckung genommen; so lange nicht gezeigt ist, daß das Spiel mit den Rechten des Landes ernste Folgen für das Land nach sich zieht, so lange wird das Spiel wiederholt werden. Zu der königl. Botschaft wird zur Verantwortlichkeit gemahnt: bei Interessen kann man mit sich handeln lassen, bei Prin-

zupien nie. Die Regierung hat nichts gethan von Dem, was wir gefordert. Aber dieses Ministerium kann es auch nicht: ein Brechen mit dem Verfassungsgebruch wäre ein Brechen mit sich selbst. Die Regierung verlangt aber von uns, wir sollen die Ungefehrlichkeit sanktionieren, und durch dieses Umfempeln würden wir wieder zur Gefährlichkeit kommen. Das ist ein sonderbares Verlangen. Der Absolutismus ist jetzt nur noch möglich in der Form des Scheinkonstitutionalismus, sonst kommt er nicht durch. Es ist also Pflicht, ihn aus diesem Schlupfwinkel herauszutreiben. Die Verfassung soll eine Wahrheit sein, und will man sie brechen, so soll dies offen geschehen, nicht immer den Zustand mit Zwedmäßigkeitsrücksichten trüben, denn das erzeugt nur Heuchelei. Offen soll die Lage aufgedeckt werden, ja — die Geister wollen wir wachrufen, und wüßten wir sie nicht zu bannen; wüßte sie die Regierung nicht zu bannen, dann zeigte sie nur, daß sie nicht regierungsfähig ist. Aber die schlechten Leidenschaften soll man nicht wachrufen, wie dies jetzt geschieht. In der Geschichte gibt es große Krisen und wehe dem Volke, an dessen Spitze Männer stehen, welche das Vertrauen desselben nicht haben! Preußen ist groß geworden, weil es in solcher Krisis solche Männer des Vertrauens gehabt hat. Es ist traurig, daß wir jetzt der Krisis nicht mit freudigem Gefühl entgegen gehen. Das Volk ist zum Kampfe bereit, aber es sieht sich wie mit einem Neze umgarnet, wenn es auf seine Führer sieht. Man spricht schon von Appel an das Volk, von Oltroirungen, um die Volkstimme zu fälschen, ehe man sie noch gehört, und da ist es Zeit, zum Könige zu sprechen. Unsere Stimme ist schwach, aber wir müssen unsere Schuldigkeit thun. Wer gegen den Geist der Geschichte sich sträubt, ist überhaupt von vornherein verloren.

Ein Antrag auf Schluß wird gestellt und angenommen. Hr. G. n. e. i. s. t. nimmt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, gegen Anwesenheit des Grafen Schwerin, gerichtet; Hr. Graf Schwerin antwortet.

Der Antragsteller Dr. Birchow: Ich habe die großen Unterschiede zwischen unserer und der Schwerin'schen Adresse noch nicht gesehen und habe aus den Äußerungen des Grafen Schwerin nicht entnehmen können, wie er die Ansicht begründete, daß unsere Adresse eigentlich keine ganz konstitutionelle sei. Ich erwidere auch nichts in der Adresse, was aussteht, als sprächen wir nach oben und blickten nach unten. Das Ansehen stellen an die Weißeit des Königs ist doch nur eine Phrase; es ist nicht der Standpunkt des Hauses; dem König allgemeine Aufforderungen zukommen zu lassen, dazu sind wir nicht hierher geschickt, sondern dazu, bestimmt zu sagen, was wir für das Richtige halten. Wir sind auch die Majorität des Landes und das Ministerium glaubt das auch. Jetzt, wo das Land uns noch nicht kennt, kennen wir doch nicht die Auflösung des Hauses anrathen. Ein solcher Rath würde nicht befolgt werden, denn das Land muß uns erst kennen lernen; da bleibt denn nichts als die Entlassung der Minister, und der Wechsel des Systems; ein Ministerium, das sich auf den Boden der Verfassung wirklich stellt, wird von uns unterstützt werden. Hr. v. Vinde hat gesagt, daß aus unserer Partei kein Ministerium hervorgehe, so sei die Partei nicht regierungsfähig. Ja wenn es bloß auf die inneren Gefühle ankäme, so wäre die Vinde'sche Partei sehr regierungsfähig (Heiterkeit); wir aber versprechen j. dem Ministerium, aus welcher Partei es auch genommen werden möge, unsere Unterstützung, wenn es verfassungsmäßig regieren will (Ja! Ja! links.). Das Symptom des Konfliktes in so heroischer Weise behandeln wollen, wie Hr. Graf Schwerin will, würde gar keinen Erfolg haben. Nicht erst seit dem Inzidenzpunkt ist keine Verbindung zwischen Ministerium und Vertretung mehr möglich; davon ist man schon längst überzeugt. Auf uns hat es den Eindruck gemacht, als wenn die Herren (Partei Vinde-Schwerin) nach oben sehen, während sie nach unten sprechen, während wir beunruhigt nach oben sprechen, während wir nach unten sehen sollen. Es handelt sich darum, dem König zu zeigen, daß das Ministerium dem Reichthum des Volkes entgegensteht, und daß das Uebel ärger wird, je länger die Krone mit einem solchen Ministerium in Verbindung bleibt. Nach dem Eintritt des Hrn. v. Bismarck hat man Äußerungen von ihm gehört, welche gleich die Lage andeuten. Er entwickelte damals in der Budgetkommission seine Theorie von Blut und Eisen, die sich aber noch nicht verwirklicht hat. Das Budgetrecht interpretirte der Minister auch nach seiner Art, und bald kamen Artikel auf Artikel der Verfassung in Frage. Dieses Verbrechen von Rechtsgrundlagen hat in dem Inzidenzpunkt den Gipfel der Schroffheit erreicht, und es ist selbst schwer, sich zu erklären, wie man bis zu dieser Schroffheit kommen konnte.

Dieselbe unsichere und unwahre Stellung wie im Innern hat die Regierung auch nach Außen beibehalten. (Redner verliest eine Stelle aus dem englischen Laubuch, die Klagen des Hrn. v. Bismarck über die feindselige Haltung der englischen Presse betr.) Der englische Minister hat da die preussische Nation scharf von der Regierung getrennt. Unsere Lage ist eine himmelschreiende, der König muß es wissen, daß er ein Ministerium hat, welches die Preußenfreunde von Preußen zurückstößt. Solche Adressen sind schon in alten Zeiten erlassen worden, bald mit Erfolg, bald ohne; der Erfolg soll aber nicht bestimmen, und ist unser Schritt erfolglos, so sinnen wir dadurch nicht in der Achtung bei dem Volke. Wir haben dann unsere Schuldigkeit gethan, und unser Verthuch wird doch kein vergeblicher gewesen sein. Ich hoffe, daß sich nun der Graf Schwerin und seine Freunde für den Kommissionsentwurf erklären werden.

Hr. v. Vinde (Stargard) zu einer persönlichen Bemerkung gegen Hr. Birchow: Er sei schon oft gefragt worden, ob er sich an der Regierung beteiligen wolle, und er habe stets abgelehnt, weil er sich nicht fähig dazu halte. Er werfe nur der Fortschrittspartei vor, daß sie von ihrer Regierungsfähigkeit keinen Gebrauch machen wolle. Wer ein Ministerium führen wolle, übernehme die Verantwortung, sofort an dessen Stelle zu treten. Graf Schwerin bedauert die Mittheilungen der „Kammer-Korr.“ über die Vorgänge in den Kommissionen. Der Graf weist auch andere Angriffe des Hrn. Birchow zurück. Nie sei er überrumpelt worden. Hr. Birchow antwortet dem Hrn. v. Vinde, welcher repliziert.

Der Berichterstatter Hr. v. Unruh: Es seien Petitionen aus Breslau, Solingen, Lemm über den Inhalt der Adresse eingegangen. Er antwortet der Reihe nach allen Gegnern des Kommissionsentwurfes. Es sei abgesehen die äußere Politik nur in ganz allgemeinen Wendungen erwähnt worden. Erwarte denn der Graf Schwerin einen Erfolg von seiner Adresse? Gewiß nicht. Die von Hrn. v. Vinde aufgestellten Grundzüge pasten nur für englische Verhältnisse. Nach einer persönlichen Bemerkung des Hrn. Reichensperger (Gildern) beschließt das Haus einstimmig, eine Adresse an Sr. Maj. den König zu erlassen.

Es beginnt die Spezialdiskussion (den Bericht hierüber müssen wir heute aus Mangel an Raum und Zeit verschließen); sodann schreitet das Haus zur Generalabstimmung über den Entwurf des

Grafen Schwerin; es findet namentlichen Ausruf statt. Für den Entwurf stimmen die Hrn. Nemis, Otto, Frhr. v. Batow, Ritter, Rehaag, Reinhardt, Frhr. v. Richthofen (Zauer), Nothen, v. Rosenbergschinsky, v. Sauten von Julienfelde, Dr. Schubert, Graf Schwerin, Senf, Siebert, Dr. Simson, Stagemann, Stubenrauch, Frhr. v. Vinde (Obernorf), Weser, v. Auerwald, v. Benda, v. Donin (Genthin), Borsche, Ellering, Fitegyl, Franona, Fiebel, Frhr. v. Gablenz, v. Katten, Kleinwächter, Krause (Magdeburg), Dr. Krebs-Rodel, Münzer, v. Richthofen, (Striegau), v. Saenger und Andere.

Der Entwurf des Grafen Schwerin wird mit 257 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Ehe das Haus zur namentlichen Abstimmung über den Adressentwurf der Kommission übergeht, verländert der Präsident, daß die nächste Sitzung morgen früh 8 Uhr stattfinden soll, um den Bericht zu beraten, betreffend die Verfolgung der Herren v. D. v. A. l. i. n. s. k. y. und v. G. u. t. t. y. Es erhebt sich dagegen Widerspruch. Hr. Waldeck und Simson, namentlich letzterer, machen darauf aufmerksam, daß die Sache keine große Eile habe, da beide Herren außer dem Bereiche der Regierung sind. Das Haus beschließt, morgen keine Sitzung zu halten. Die nächste Sitzung findet Mittwoch nach Pfingsten statt.

Es ist 6 1/2 Uhr, wir müssen schließen. Die Annahme des Entwurfs ist gewiß.

Frankreich.

* Paris, 22. Mai. Der „Moniteur“ veröffentlicht nachstehendes (telegraphisch bereits erwähnte) Schreiben des Hrn. v. Persigny an den Seinepräsidenten:

Paris, den 21. Mai.

Herr Präsident! Ich beileie mich, Ihren Bericht über die im 2. Wahlbezirk umlaufenden Gerüchte zu beantworten, denen zufolge die Regierung Bedenken trüge, Hrn. Thiers zu bekämpfen, und deshalb gewonnen wäre, dessen Mitbewerber Hrn. Devincz zurückzugeben. Ich ermächtige Sie, diese Gerüchte in bündigster Weise zu widerlegen.

Wenn Hr. Thiers der Größe des neuen Kaiserreichs seine Huldigung dargebracht und als Freund unserer Staatseinrichtungen sich dem allgemeinen Stimmrecht vorgestellt hätte, so würde die Regierung seinen Wiedereintritt in das öffentliche Leben mit Sympathie aufgenommen haben. Aber seitdem er eingewilligt hat, in einer Versammlung der alten Parteien, die ausschließlich von erklärten Feinden des Kaisers und des Kaiserthums gebildet war, zu erscheinen, um sich zu ihrem Vorkämpfer zu machen, hat er selbst die Aufnahme, welche die Regierung dem berühmten Geschichtsschreiber des Konjunktals und des Kaiserreichs zu bereiten geneigt gewesen wäre, unmöglich gemacht.

Ob nun Hr. Thiers mit oder ohne Widerwillen vor das allgemeine Stimmrecht trete, ob er einwillige oder nicht, seine Aufgabe zu erklären, — es ist kein Zweifel mehr möglich. Er bleibt fortan einer der Vertreter eines Regierungssystems, das von Frankreich verbannt worden ist, und das die Regierung deshalb zu bekämpfen verpflichtet ist. Hr. Thiers ist ein zu rechtlicher Mann, als daß ihn Jemand beschuldigen dürfte, er wolle einen Eid leisten, den er nicht zu halten beabsichtigt. Hr. Thiers will aber die Wiederherstellung eines Regierungssystems, das Frankreich und ihm selber verderblich geworden ist, eines Regierungssystems, das der Gerechtigkeit einiger Weniger schmeichelt und dem Wohle Aller unheilvoll wird, das die Autorität von ihrer natürlichen Grundlage verschleibt, um sie den Leidenschaften der Tribüne schulplos preiszugeben, das die besuchende Regsamkeit der Aktion durch die unruhigbare Aufregung des Wortes ersetzt, das achtzehn Jahre hindurch nur Ohnmacht im Innern, Schwäche nach Außen erzeugt, und, entsprungen aus dem Aufstand, inmitten der Aufstände fortbestanden und in einem Aufstande sein Ende gefunden hat.

Nein, Hr. Präsident, Angesichts des vergrößerten Frankreichs, Angesichts dieses Frankreichs, das erst, seitdem Hr. Thiers und die Seinigen nicht mehr an der Spitze der Geschäfte stehen, zu so großem Ruhm und Gedeihen gelangt ist, im Schoße dieser großen Stadt, der ruhigen, reichlichen und schönsten des Weltalls, wird wahrlich das allgemeine Stimmrecht gegen die Regierung, welche das Land aus dem Abgrunde gezogen hat, die Männer nicht aufstellen, durch deren Schuld das Land in den Abgrund gerieth. Empfangen Sie, Hr. Präsident, die Versicherung des Hrn. v. Persigny.

Hr. v. Persigny hat, wie eine dem „Niederrh. Kur.“ zugegangene amtliche Mittheilung nachweist, folgende Depesche an den Präsidenten von Strassburg erlassen:

Wenn es wahr ist, daß ein Bürgermeister des Bezirks Schleisstadt sich darauf beschränkt, was einem jeden Bürger unbenommen ist, seine Sympathien für den von der Regierung bekämpften Kandidaten und seine Absicht, für ihn zu stimmen, an den Tag zu legen, sondern, wenn er den Glauben zu verbreiten sucht, der Oppositionskandidat werde von der Administration nicht ernstlich bekämpft und besitze immer noch die Sympathie und das Vertrauen der Regierung, so hintergeht er die Wähler und mißbraucht seine offizielle Stellung. In diesem Falle suspendiren Sie ihn ohne Zögern und machen Sie mir in Bezug auf seinen Nachfolger die geeigneten Vorschläge.

Der „Constitutionnel“ eröffnet heute in einem langen Artikel einen Feldzug gegen die Kandidatur des Hrn. Thiers. Hr. A. Vitu ist beauftragt, Hrn. Thiers in nationalökonomischer Beziehung zu Grunde zu richten und ihn als den ärgsten Gegner jedes Fortschrittes auf dem materiellen Gebiete hinzustellen. Die „France“ dagegen spricht den Wunsch aus, alle lebendigen Kräfte der Nation um den Kaiser geschart zu sehen, und freut sich, daß eine Anzahl von Männern wieder in die politische Laufbahn eintreten, welche sich bisher vor dem öffentlichen Leben zurückgezogen hatten. Sie fügt alsdann den Wortlaut der Eidesformel und die Namen Thiers, Montalembert, Odilon Barrot, Berruyer u. s. w. hinzu.

Die „France“ glaubt versichern zu können, daß die englische Regierung, befürchtend, daß die von der dänischen Königsfamilie erhobenen Schwierigkeiten wegen der Kandidatur des Prinzen Wilhelm nicht beseitigt werden könne, neue Vorschläge an einen deutschen Hof habe ergehen lassen. Dasselbe Blatt berichtet, daß Hr. Mocquard, Vorstand des kaiserl. geh. Cabinets, sich heute zu Hrn. Lamartine begeben hat, um demselben die Theilnahme des Kaisers an Anlaß des Todes seiner Gemahlin zu bezeugen. — 3proz. 69.35. Cred. Mob. 14.30. Dsb. 512.50. Ital. Anl. 72.35.

Baden.

7 Karlsruhe, 22. Mai. Für die Mitglieder der badischen Verpflegungsanstalt dürfte die Mittheilung von Inter-

esse sein, daß in der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung des Verwaltungsrathes und Ausschusses der vom aktiven Verwaltungsrathe ausgearbeitete Entwurf der neuen Statuten vorgelegt und alsdann beschlossen wurde, denselben in einer größeren Anzahl von Exemplaren zur Bertheilung drucken zu lassen. Hauptächlich soll dadurch den Betheiligten Gelegenheit gegeben werden, sich über das Statut im Ganzen sowohl, als über die einzelnen Bestimmungen desselben auszusprechen, worauf alsdann nach einiger Zeit zur eingehenden Berathung über den Entwurf, wie auch zur Prüfung der etwa erhobenen Ansätze oder gemachten Verbesserungsvorschläge der Verwaltungsrath und Ausschuss nochmals zusammentreten soll. Hierauf soll schließlich die ganze Angelegenheit einer zu berufenden außerordentlichen Generalversammlung zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden.

Aus dem zu gleicher Zeit vorgelegten Rechnungsbuch für 1862 und den weiter dazu gegebenen mündlichen Erklärungen haben wir Folgendes hervor: Am Schlusse des Jahres 1862 betrug die Aktiva 8,345,546 fl. 25 kr. gegenüber von 8,419,150 fl. 39 kr. des Vorjahres. Dieses Zurückgehen findet seine Erklärung in den stärkeren Rückzahlungen bei der Depositionskasse. Im Einzelnen bestanden die Aktiva: 1) in Aktivkapitalien im Betrage von 7,951,452 fl. 5 kr., 2) in Verth der eigenthümlichen Liegenschaften mit 96,891 fl. 55 kr., 3) aus Zinskosten mit 123,015 fl. 35 kr., 4) aus Kassenresten mit 172,325 fl. 42 kr., 5) aus Guthaben bei Privaten 1861 fl. 8 kr.; obige 8,345,546 fl. 25 kr. Dieser Aktivstand entziffert sich nach Seite 8 des Rechnungsbuches, und zwar: 1) 5,803,108 fl., als reines Vermögen der Mitglieder, gegen 5,594,816 fl. des Jahres 1861, also Vermehrung um 208,262 fl., 2) als hinterlegte Gelder im Betrage von 2,309,640 fl. 43 kr. und 3) als verschiedene sonstige Ausgabestücke mit 232,797 fl. 42 kr. Von den Aktivkapitalien sind ausgetheilt: 1) in Hypotheken mit gewöhnlicher Verzinsung 2,212,040 fl. 43 kr., 2) auf Annuitäten 958,429 fl. 15 kr., 3) in Staatspapieren 4,921,162 fl. 43 kr. 4) in Kaufpfändern 270,163 fl. 54 kr., 5) in Güterkaufschillingen 18,655 fl. 30 kr. Mit hypothekarischer Sicherheit wurden im Jahre 1862 neu angelegt 301,583 fl. 12 kr., wogegen rückbezahlt wurden 351,074 fl. 57 kr.

Im laufenden Jahre 1863 wurden dagegen bis jetzt bereits in dieser Weise angelegt 561,900 fl. und sind außerdem noch für 312,300 fl. die Zusagscheine ausgestellt.

Bezüglich der im Besitz der Anstalt befindlichen Staatspapiere hat sich ergeben, daß nach einer am 31. Dezember 1862 aufgestellten Berechnung der damalige Kurwerth derselben den Ankaufspreis um nicht weniger als 68,521 fl. 58 kr. überschritten hat. Als Gewinn aus wiederverkauften Papieren erscheint ein Betrag von 2831 fl. 33 kr. in Rechnung, während im laufenden Jahre bereits ein solcher von 7453 fl. 6 kr. erzielt wurde.

Von den früher in Ganten u. zwangsweise erworbenen Liegenschaften wurden 1862 wieder 2 Wohnhäuser und 2 Morgen 150 Ruthen Güter um die Summe von 9600 fl. veräußert, so daß am Ende des Jahres im Besitz noch verblieben: 8 Wohngebäude und 444 Morgen 194 Ruthen Güter im Werth von 96,891 fl. 55 kr. Das Reinerträgniß dieser Liegenschaften, abzüglich des Werthes des Dienstgebäudes mit 39,236 fl., war 1862 2971 fl. 43 kr. oder 5 fl. 9 kr. von 100 fl. Werth. Weiter wurde sodann an den Verkäufen bis jetzt im Ganzen ein Gewinn erzielt von 17,593 fl., wozu im Jahre 1863 durch Veräußerung eines größeren Bauerngutes bereits wieder ca. 6000 fl. kamen. Als reiner Einnahmeüberschuß von dem Jahre 1862 kam die Summe von 72,500 fl. gegen frühere 70,600 fl. zur Vertheilung.

Der Depositionsverkehr im abgelaufenen Rechnungsjahr war folgender: Von früheren Jahren blieben hinterlegt: 2,573,238 fl. 19 kr.; hiezu kamen im Jahre 1862: 1,511,288 fl. 56 kr.; im Ganzen 4,084,527 fl. 15 kr.; zurückgezogen wurden dagegen wieder 1,774,886 fl. 32 kr.; daher Stand am Ende des Jahres 2,309,640 fl. 43 kr. Das Erträgniß dieses Nebengeschäftes wurde auf Seite 8 des Rechnungsbuches unter Zugrundelegung von nur 4 1/2 Proz. Zins auf 27,327 fl. berechnet, wodurch die Verwaltungskosten im Betrage von 21,433 fl. mehr als gedeckt erschienen.

Die Bildung der 23. Jahresgesellschaft mit 402 fl. Einlagen und 26,024 fl. Einzahlungen wurde begonnen und kamen weiter als Nachzahlungen für frühere Jahresgesellschaften 128,248 fl. 45 kr. neben 35,921 fl. 10 kr. Zinsauskunft in Einnahme. Die Summe der für 1863 zu bezahlenden Renten beträgt 271,755 fl. 18 kr. gegen 263,640 fl. 2 kr. des Jahres 1862. Der Gesamt-Kassenverkehr endlich erreichte im Jahr 1862 die bedeutende Summe von 6,689,565 fl. 12 kr.

Badischer Landtag.

7 Karlsruhe, 23. Mai. 34. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 29. Mai, Morgens 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichtes des Hofraths Dr. Schmidt über den Entwurf eines Gesetzes, die Rechtsverhältnisse der Kollegialrichter betreffend.

Vermischte Nachrichten.

— Laßalle hat am 20. d. vor einer Arbeiterversammlung in Mainz gesprochen, und diese — da Niemand sonst auftrat und ihm widersprach — zur Beschickung des Leipziger Arbeitertages bestimmt. Ein Korrespondent des „Zfr. Journ.“ sagt: „Wir sind überzeugt, hätte ein Mensch das grade Gegentheil von Dem gesagt, was Hr. Laßalle sprach oder bellte; hätte ein Anderer in gleicher Weise schärgar renomirt und den Arbeitern geschmeichelt, in gleicher Weise alle andern verdammt, nur die Arbeiter, sich und seine Freunde ausgenommen, so würde er denselben Erfolg erzielt haben.“ Das mag richtig sein, auf die Bildung und Uebungsfähigkeit der Mainzer Arbeiter würde es aber auch so nicht das günstigste Licht werfen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Montag 25. Mai. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum ersten Male wiederholt: König Enzo; große Oper in 4 Akten, von Albert.

Dienstag 26. Mai. 2. Quartal. 69. Abonnementsvorstellung. Mutter und Sohn; Schauspiel in 2 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. „Generalin“; Frl. Könnentamp zur letzten Gastrolle.

3r.274. Freiburg i. B. Heute Nacht um 1 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit unsere gute, unvergessliche Gattin und Mutter, Marie Reinbold, geborne Häbler, in einem Alter von 62 Jahren und 9 Monaten. Freiburg im Breisgau, den 19. Mai 1863. Die Hinterbliebenen.

3r.145. In A. Bielsfeld's Hofbuchhandlung in Karlsruhe und Kehl sind folgende Werke erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Diez, Dr. C. A. Physikus in Bruchsal, Zusammenstellung der gegenwärtig geltenden Gesetze, Verordnungen, Instruktionen und Entscheidungen über das Medizinwesen und die Stellung und die Verbindungen der Medizinalbeamten und Sanitätsdiener im Großh. Baden. geb. 5 fl.

Fröhlich, Dr. Fr., Geh. Rath, Die bad. Gemeindegesetze sammt den dazu gehörigen Verordnungen und Ministerialverfügungen, mit geschichtlichen und erläuternden Einleitungen und Anmerkungen. Zweite, veränderte und vermehrte Aufl. geb. 4 fl. 30 kr., geb. 5 fl. 12 kr.

Wielandt, Fr., Ministerialsekretär, Die badischen Gesetze vom 4. Oktober 1862 über Niederlassung und Aufenthalt, Aufhebung einiger Beschränkungen des Rechts zur Verehelichung und bürgerliche Gleichstellung der Israeliten, im Zusammenhang mit der bisherigen Gemeindegesetzgebung. geb. 54 kr.

3r.272. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die Eröffnung der Telegraphenstationen Rippoldsau und Petersthal betr.
Die Telegraphenstationen Petersthal und Rippoldsau werden am 1. Juni l. J. für die Dauer der Badeszeit mit beschränktem Tagesdienste wieder eröffnet werden.
Karlsruhe, den 21. Mai 1863.
Direktion der großh. Vertheilungsanstalten.
Zimmer. Spörin.

Bad Hub bei Bühl.
Eröffnung der Mineralbäder
Pfingst-Montag den 25. Mai.
Nach dem benannten **Table d'hôte** Tagunterhaltung, Musik des königl. preuß. Infanterieregiments von Nassau; wozu ergeblich einladet
3r.256. Die Verwaltung.

3r.3. Karlsruhe.
Einmach-Töpfe
mit Jennings' Luftdichten Verschluss von 1/8 Pfd., 1/2 Pfd., 1 Pfd. bis 8 Pfd. Inhalt, sind wieder eingetroffen zu sehr billigen Preisen. Größere Aufträge auf den Spätsommer erbitten uns schon jetzt. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Karlsruhe.
A. Winter & Sohn.

3r.26. Berlin.
Inspektorstelle.
Für eine groß. Bestimmung wird zur selbständigen Bewirtschaftung ein erfahrener Inspektor verlangt. Näheres ertheilt der Kaufm. E. F. W. Körner, Berlin, Ludauer Str.

3r.275. Mannheim.
Der Pferde- und Rindvieh-Markt in Mannheim

wird
abgehalten und beginnt
Montag den 1. Juni, Mittags 12 Uhr.
Mannheim, den 22. Mai 1863.
Großherzogliches Bürgermeisterramt.
C. Reßler. vdt. G. H. n. o.

3r.336. Mannheim.
Guano
aus den Anfuhrten der Peruanischen Regierung, unter Garantie der Echtheit, billigt bei
G. Köhler & Koch in Mannheim.
3r.7. Karlsruhe.
Thee
in vorzüglichsten Sorten bei
A. Winter & Sohn.

3r.946. Mannheim.
Knochenmehl
in verschiedenen Sorten empfehlen zu billigt möglichen Preisen
G. Köhler & Koch in Mannheim.

3r.258. Pforzheim.
Bäckerei zu verkaufen.
Ein in bester Lage der Stadt Pforzheim gelegenes zweistöckiges Wohnhaus, nebst vollständiger Bäckereierichtung ist sogleich unter sehr vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen. Das Geschäft hat gute Kundenschaft und wird Familienverhältnissen halber aufgegeben. Auf briefliche Anfragen ertheilt nähere Auskunft
das öffentliche Geschäftsbureau von Franz Schütz in Pforzheim.

3r.213. Dinglingen.
Zu verkaufen
ein ehemaliges Klostergebäude in schöner Gegend des badischen Oberlandes mit 7 1/2 Morgen Garten und Hofraum,
großen Dekonomiegebäuden und Kellern, laufendem Brunnen, das Ganze mit einer Mauer umfaßt, geeignet zu einem Landhause, Fabrik, ärztlicher oder Pensionsanstalt, Seiden- oder Hopfenplantage, Gärtnerei u. s. w.
Der Kaufpreis ist billig und die Zahlungsbedingungen sehr günstig gestellt. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen Herr Kaufmann Huber in Dinglingen.

3r.419. Nr. 5546. Freiburg. (Zahlungssperre.) Durch diesseitige Verfügung vom heutigen wurde die Auszahlung der 4proz. Eisenbahn-Obligation von 1862, Lit. D. Nr. 2907 ad 100 fl., bei großh. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse in Karlsruhe mit Zahlungssperre belegt; was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
Freiburg, den 20. Mai 1863.
Großh. bad. Stadtamtgericht.
Brummer. vdt. Rod.

3r.255. Nr. 6311. Waldshut. (Bekanntmachung.) Die Firma: „F. G. Eitel“ mit dem Niederlassungsorte Löhningen wurde heute unter D. J. 87 in das Firmenregister eingetragen, Inhaber der Firma ist Kaufmann Johann Georg Eitel von Löhningen. Waldshut, den 19. Mai 1863. Großh. bad. Stadtamtgericht. v. W. A. n. t. r.

3r.438. Nr. 10,426. Heidelberg. (Fahndungsurtheil.) Die Fahndung auf die Eva Katharina Vertsch von Königshausen in Nr. 99 d. Pl. wird hiermit zurückgenommen, da sie eingeleitet worden ist.
Heidelberg, den 22. Mai 1863.
Großh. bad. Stadtamtgericht.
v. Lit. f. g. l.



3r.242. Karlsruhe.
36 Jahre
eines täglich zunehmenden Erfolges sind ein hinlänglicher Beweis von den vortreflichen Eigenschaften der Weissen holländischen Gesundheits-Senfförner von Didier, 32, Galerie d'Orléans, in Paris.

Die unzähligen Dankschreiben, welche uns von allen Seiten zufließen, lassen keinen Zweifel daran, daß der berühmte Dr. Koop diesem unüberbahren, populären Heilmittel nichts als Gerechtigkeit widerfahren ließ, als er demselben den Namen eines **gesegneten und herrlichen Gesichts des Himmels** beilegte. Es gibt kein einfacheres, sichereres und billigeres Mittel: 3 bis 4 Kiloq. genügen zur Heilung der Magen-, Gedärm- und Leberkrankheiten, der Sämorrhoiden, der Engbrüstigkeit, der Milzkrankheiten, der Binde, des Schleiems, wie auch der durch Alterswechsel verursachten Uebel und aller Leiden, welche von verdorbenen Blute und schlechten Säften herrühren; lauter Krankheiten, gegen welche die Anwendung der Senfförner täglich von den berühmtesten Ärzten vorgeschrieben und empfohlen wird. Mehr als 200,000 urkundlich bezeugte, gelungene Kuren bezeugen die allgemeine Popularität dieser weissen Senfförner, welche dieses vortreflichen Heilmittels näher zu beschreiben.

Die alleinige Niederlage für die Stadt Karlsruhe befindet sich bei Herrn Ph. D. Meyer, großh. Hoflieferant.

Herr Didier,
Seit mehreren Jahren an einer äußerst hartnäckigen Verstopfung leidend, habe ich vergebens eine Menge Arzneien probirt, und ohne Erfolg verschiedene Kuren gebraucht. Ich glaubte mich zu endlosen Leiden verurtheilt, als ich so glücklich war, mich an Ihren berühmten Dr. Koop zu wenden, welcher mir riet, es mit den weissen Senfförnern zu versuchen. Ich begann sofort mit Gebrauch dieses neuen Mittels, welches mich rasch und fast vollständig von allen meinen Leiden befreite.

In einigen Monaten verlasse ich Frankreich, um nach St. Domingo zurückzufahren. Ich werde nicht unterlassen, meinen Mitbürgern einen beträchtlichen Vorrath Ihres wunderbaren Mittels mitzunehmen. Einen bessern Dienst, würdiger Ihres Dankes könnte ich ihnen kaum erweisen.

Noch bleibt mir über, Ihnen, mein Herr, innigst zu danken und zu glauben, daß ich des Guten, welches ich Ihnen schuldig bin, nie vergessen werde.
(Geg.) Castellanos,
außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Republik St. Domingo.

Consulat der Vereinigten Staaten von America.
Seine Königliche Hoheit der Grossherzog haben mittelst höchster Entschliessung aus Grossherzoglichem Staatsministerium vom 20. April d. J. dem Unterzeichneten das Exequatur als Consul der Vereinigten Staaten von America für das Grossherzogthum Baden ertheilt.

Dieses bringe ich mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß, dass die gesetzlich vorgeschriebene Legalisation der Facturen über alle nach den Vereinigten Staaten von America auszuführenden Waaren, — sowie Beglaubigungen aller Art — entweder bei mir oder bei dem U. S. Dep. Consul
Herrn Louis Stoll in Mannheim
eingeholt werden müssen.
CARLSRUHE, 14. Mai 1863.

B. O. Duncan,
U. S. Consul
für das Grossherzogthum Baden und die bayerische Pfalz.

Durlacher Viehmarkt.
Die Handelsleute Ferdinand Wertheimer und Gebr. Lichtenberger von Bauerbach sehen sich veranlaßt, den Herren Dekonomen und Handelsleuten hiermit zur Kenntniß zu bringen, daß des Pfingstmontages wegen der Markt am darauf folgenden Donnerstag, 28. Mai, abgehalten wird, und dieselben auch diesmal wieder circa 45 Stücke ausgezeichnete schöne Kühe verschiedener Race, schweren und mittleren Schlages, theils neumelkend, theils hochtragend, auf diesem Markt zum Verkauf bringen werden. Dieselben treffen bereits am 26. in Durlach ein, und können im Gasthaus zur Ranne und zur Blume eingesehen werden.
3r. 244.

Monsieur Didier, à Paris,
Atteint, depuis plusieurs années, d'une maladie chronique des plus rebelles, j'ai vainement consulté une foule de médecins et suivi, sans aucun avantage, une foule de traitements. Je me croyais condamné à des souffrances sans terme, quand j'eus la bonne fortune de m'adresser au célèbre Dr. Longet, qui me conseilla d'essayer la Graine de Moutarde blanche. Je me mis à l'instant à l'usage de ce nouveau remède, qui m'a promptement et à peu près complètement délivré de tous mes maux.
Je quitte la France dans quelques mois, pour retourner à Santo-Domingo, je ne manquerai pas de porter une ample provision de votre admirable spécifique.
Il me reste, Monsieur, à vous adresser mes sincères remerciements et à vous prier de croire que je n'oublierai de ma vie le bien que je vous dois.
A. DE CASTELLANOS,
envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la république Dominicaine.

Frankfurt, 22. Mai 1863.		Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Dest.	Per comp.	Dest.	Per comp.	Dest.	Per comp.
5 1/2 Met. i. S. b. R.	—	5 1/2 Obligation.	102 1/2 P.	250 fl. R. 1839	136 1/2 P.
5 1/2 do. in holl. St.	—	4 1/2 do.	100 1/2 P.	250 „ R. 1858	85 P.
5 1/2 do. 1852 i. St.	82 1/2 P.	3 1/2 do.	97 1/2 P.	100 „ R. 1860	141 P.
5 1/2 do. 1859	82 1/2 P.	Raffau 5 1/2 Oblig. b. Rth.	102 1/2 P.	500 „ v. 1860/7	89 1/2 P.
5 1/2 Lomb. i. S. b. R.	90 1/2 P.	102 b.	102 1/2 P.	100 „ v. 1860/7	129 1/2 P.
5 1/2 Venet. i. S. b. R.	82 1/2 P.	4 1/2 do.	98 1/2 P.	Schweb. Rth. 102.	107 1/2 P.
5 1/2 Nat. Anl. 1854	71 1/2 P.	3 1/2 do.	92 1/2 P.	Bad. 50-fl.-Loose	108 1/2 P.
5 1/2 Met. Obligat.	67 1/2 P.	Brchw. 3 1/2 do. b. R. à 105	93 P.	Kurs. 40 fl. L. S. R.	58 1/2 P.
5 1/2 do. 1852 b. R.	67 1/2 P.	4 1/2 do. R. à 28 fr. b. C.	93 1/2 P.	Gr. H. 50 fl. L. S. R.	132 1/2 P.
4 1/2 Met. Oblig.	60 1/2 P.	Frankf. 3 1/2 do. Obligation.	93 1/2 P.	25 „	38 1/2 P.
4 1/2 do. do.	106 1/2 P.	3 1/2 do.	93 1/2 P.	Raff. 25 fl. L. S. R.	38 1/2 P.
4 1/2 do. do.	101 P.	3 1/2 do.	91 1/2 P.	Sch. Rth. 25 fl. L. S. R.	56 1/2 P.
3 1/2 do. do.	99 1/2 P.	3 1/2 do.	90 1/2 P.	Schw. 36 fl. L. S. R.	55 1/2 P.
3 1/2 do. Staatsf.	89 1/2 P.	Span. 3 1/2 do. Oblig.	50 1/2 P.	Mail. 45 fl. L. S. R.	35 1/2 P.
4 1/2 do. 1-jährig	102 1/2 P.	2 1/2 do. Schulb.	48 1/2 P.	3 1/2 do. St. W. Rth.	96 1/2 P.
4 1/2 do. 1-jährig	103 1/2 P.	Belgien 4 1/2 do. Oblig.	100 1/2 P.	2 1/2 do. R. D. S. C.	36 1/2 P.
4 1/2 do. 1-jährig	100 1/2 P.	Schw. 4 1/2 do. Oblig.	98 1/2 P.	And. G. G. G. 2.	12 1/2 P.
4 1/2 do. 1-jährig	101 1/2 P.	4 1/2 do. Oblig. b. S. & C.	98 P.	Wechsel-Kurse.	
4 1/2 do. Rente	101 b. P.	Schw. 4 1/2 do. Oblig. b. S. & C.	101 1/2 P.	Amsterdam l. S.	100 1/2 P.
3 1/2 do. do.	97 1/2 P.	4 1/2 do. Oblig. b. S. & C.	102 1/2 P.	Antwerpen	99 1/2 P.
4 1/2 do. Obl. b. Rth.	105 P.	4 1/2 do. Oblig. b. S. & C.	96 1/2 P.	Augsbg. 2 fl. 100	99 1/2 P.
4 1/2 do. bitto	103 1/2 P.	4 1/2 do. Oblig. b. S. & C.	98 1/2 P.	Berlin	104 1/2 P.
4 1/2 do. bitto	97 P.	R. Am. 6 1/2 do. Oblig. b. S. & C.	98 1/2 P.	Bremen	96 1/2 P.
3 1/2 do. Obligation.	100 1/2 P.	5 1/2 do. Oblig. b. S. & C.	98 1/2 P.	Brüssel	93 1/2 P.
3 1/2 do. do. v. 1842	94 P.	5 1/2 do. 1871 u. 74	—	Edin.	106 1/2 P.
Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.					
3 1/2 Frankfurt. Bank	132 1/2 P.	Friedr. Wilh. Nordb.-Akt.	—	Hamburg	88 1/2 P.
3 1/2 Oesterr. Bank-Aktien	844 P.	5 1/2 do. Prior. 420 fr. à 28 fr.	—	Leipzig	106 1/2 P.
3 1/2 do. Cred. A. i. D. B.	205 b. P.	3 1/2 do. St. Oesterr. Prior.	55 1/2 P.	London	118 1/2 P.
3 1/2 Bayr. Bank à fl. 500	—	3 1/2 do. St. u. Lomb. C. B.	53 1/2 P.	Maid. i. Fr. 200	93 1/2 P.
3 1/2 Darmst. V. A. à fl. 250	235 1/2 P.	5 1/2 do. Eisenbahn-Prior.	86 1/2 P.	München	99 1/2 P.
3 1/2 Weimar. Bank-Aktien	92 1/2 P.	5 1/2 do. B. P. i. S. b. R. 97	85 1/2 P.	Paris	93 1/2 P.
3 1/2 Mittel. Gr. A. à 100 fl.	97 1/2 P.	4 1/2 do. Def. D. w. g. b. Prior.	101 1/2 P.	Wien	105 1/2 P.
3 1/2 Nordb. Credit-Aktien	—	5 1/2 do. Def. 1. Fr. D. i. S. b. R.	82 P.	Gold und Silber.	
3 1/2 Oesterr. Bank-Aktien	105 P.	5 1/2 do. 2.	—	Bistolen	fl. 9 40 1/2
3 1/2 Span. S. u. Ind. Fr. 500 à 25	700 P.	5 1/2 do. 3. Prior. D. i. S. b. R.	—	Preuß. Friedr. or.	9 57
3 1/2 Lamm. Bahn-Akt. à fl. 250	907 P.	4 1/2 do. „	104 1/2 P.	Holl. fl. 10 Stück	9 47
3 1/2 do. „	98 1/2 P.	4 1/2 do. „	100 P.	Rand-Ducaten	5 33
3 1/2 do. „	98 1/2 P.	4 1/2 do. „	—	20-Franctenstücke	9 24
3 1/2 do. „	229 P.	4 1/2 do. „	—	Engl. Sovereigns	11 49
3 1/2 do. „	134 P.	4 1/2 do. „	—	Gold pr. Holl. rumb.	80 4
3 1/2 do. „	33 1/2 P.	4 1/2 do. „	—	Gold pr. S. P. P.	52 30
3 1/2 do. „	141 1/2 P.	4 1/2 do. „	—	Preuß. Cassenfl.	1 45 1/2
3 1/2 do. „	108 1/2 P.	4 1/2 do. „	—	Dollars in Gold	2 27
3 1/2 do. „	116 1/2 P.	4 1/2 do. „	—		
3 1/2 do. „	127 1/2 P.	4 1/2 do. „	—		